

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 70. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. September 2009, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Martin Kayenburg (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Astrid Höfs (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln	4
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2666	
2. Bericht für 2008 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der "Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf"	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2749	
3. Für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an schleswig-holsteinischen Schulen	8
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2776 (neu)	
4. Studierfähigkeit von Bachelor- und Masterstudiengängen sicherstellen	9
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2713	
5. Sozialstaffelregelung für Kindertageseinrichtungen	10
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2669	
6. Stand der Verhandlungen über ein neues Gastschulabkommen zwischen Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg	12
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 16/4611	
7. Inselferienregelung für die nordfriesischen Inseln und Halligen	13
Antrag der Abgeordneten des SSW Umdruck 16/4612	
8. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2009	15
Drucksache 16/2439	
9. Verschiedenes	16

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2666

(überwiesen am 19. Juni 2009 an den Bildungsausschuss)

hierzu: Stellungnahmen Umdrucke 16/4510, 16/4521, 16/4523, 16/4550,
16/4566, 16/4567, 16/4580, 16/4594, 16/4606, 16/4609, 16/4613

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP
Umdruck 16/4630

St Maurus, der auch die Funktion des Vorsitzenden des Kuratoriums politische Bildung bekleidet, weist zu Beginn der Diskussion auf die gestrige Kuratoriumssitzung hin, bei der die möglichen Varianten einer Umstrukturierung der Landeszentrale für politische Bildung beleuchtet worden seien. Ziel der Neuausrichtung sei, die Landeszentrale stärker zu einem Dienstleistungszentrum auszubauen. Es gebe den Beschluss, dem Bildungsausschuss vorzuschlagen, sich für eine grundsätzliche Neuordnung der Landeszentrale für politische Bildung auszusprechen und die Landesregierung zu beauftragen, die drei in Rede stehenden Modelle zu prüfen. Diese drei Modelle seien die Auflösung des Landesbetriebes und die Einrichtung der Landeszentrale als nachgeordnete Behörde einer obersten Landesbehörde, die Übertragung der Aufgabe an Dritte oder die Übertragung der Aufgabe an den Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Abg. Dr. Klug weist darauf hin, dass die Neuausrichtung als Dienstleistungszentrum seiner Ansicht nach die Möglichkeit nicht ausschließen solle, dass die Landeszentrale auch eigene Veranstaltungen durchführe. Die Neuausrichtung insgesamt sei aus seiner Sicht vernünftig.

Abg. Weber betont, dass neben der stärkeren Konzentration auf Dienstleistungsfunktionen die Eigenständigkeit der Landeszentrale gewahrt bleiben müsse.

Abg. Birk hebt hervor, dass aus den Stellungnahmen hervorgehe, dass eine Ansiedlung der Landeszentrale beim Landtag nicht ausgeschlossen sei. Darüber hinaus betont sie die Wich-

tigkeit der Unabhängigkeit der Landeszentrale. Die Unabhängigkeit müsse gegebenenfalls gesetzlich sichergestellt werden. Im Hinblick auf die Dienstleistungsfunktion der Landeszentrale führt sie aus, dass aus ihrer Sicht der Schwerpunkt der Arbeit der Landeszentrale darauf liegen sollte, mithilfe Dritter Veranstaltungen zu organisieren, die auch bildungsferne Schichten erreichen könnten. Abschließend betont sie, dass die finanzielle Ausstattung der Landeszentrale bis zum Abschluss der Prüfung nicht verringert werden dürfe.

Abg. Herbst führt aus, dass der Begriff „Dienstleistungszentrum“ ein Arbeitsbegriff in der Kuratoriumssitzung gewesen sei. Darüber hinaus betont er, dass unabhängig von der organisatorischen Anbindung die Marke Landeszentrale für politische Bildung erhalten bleiben müsse.

Abg. Spoorendonk unterstützt den vom Kuratorium unterbreiteten Vorschlag.

Zur finanziellen Ausstattung der Landeszentrale ergänzt St Maurus, dass zunächst der Haushalt 2009/2010 gelte, in dem keine Veränderungen vorgesehen seien. Alles Weitere müsse kommenden Haushaltsberatungen überlassen bleiben.

Zu dem Antrag, den Beschluss der Kuratoriumssitzung dem Landtag als Beschlussempfehlung vorzulegen, gibt Abg. Kayenburg zu bedenken, dass der Beschluss einer Auflösung und der Auftrag an die Regierung, eine neue Regelung zu schaffen, eine Abgabe von Aufgaben sei, die eigentlich dem Parlament zufielen. Darüber hinaus äußert er Zweifel daran, dass dieses Vorgehen dazu führen werde, dass die Landeszentrale beim Landtag angesiedelt werde. Zusätzlich räumt er ein, dass die Stellungnahme des Landtags überarbeitet werden müsse, da man zunächst davon ausgegangen sei, dass die Landeszentrale ähnlich wie die Beauftragten beim Landtag angesiedelt werden solle. Das habe möglicherweise zu Missverständnissen geführt.

St Maurus führt aus, dass in der ursprünglichen Empfehlung des Kuratoriums eine Auflösung der Landeszentrale nicht vorgesehen sei. Diese Forderung ließe sich nur aus dem Prüfbericht des Landesrechnungshofs herleiten, aus dem hervorgehe, dass die im Jahr 2003 getroffene Entscheidung, einen Landesbetrieb einzurichten und damit die Eigenwirtschaftsquote zu erhöhen, sich nicht bewährt habe. Kostendeckung sei nicht herbeizuführen gewesen.

Abg. Dr. Klug macht deutlich, dass er einer Auflösung der Landeszentrale nicht zustimmen werde, wohl aber dem Prüfauftrag. - Abg. Spoorendonk ergänzt, dass die Bemerkungen des Landesrechnungshofs in der Haushaltsprüfgruppe abgearbeitet werden sollten.

Abg. Kayenburg regt an, der Ausschuss solle dem Landtag empfehlen, die Anbindung der Landeszentrale beim Landtag vorzunehmen. Alles Weitere könne seiner Ansicht nach später entschieden werden. Eine solche Entscheidung würde nicht der Diskontinuität anheimfallen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Land ansiedeln“, Drucksache 16/2666, in der folgenden, geänderten Fassung anzunehmen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag schließt sich der Empfehlung des Kuratoriums für politische Bildungsarbeit vom 2. September 2009 zur zukünftigen Organisation/Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung an und spricht sich für die Neuordnung der Landeszentrale für politische Bildung in Form eines Dienstleistungszentrums aus.

In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung gebeten, die drei in Rede stehenden Modelle (Auflösung Landesbetrieb und Verbleib in einer obersten Landesbehörde, Übertragung der Aufgabe „Politische Bildung“ an den Landesverband der Volkshochschulen, Anbindung der Landeszentrale an den Landtag) unter Beteiligung des Kuratoriums für politische Bildungsarbeit aufzuarbeiten, Vorschläge und Verfahren zu unterbreiten, wie die Landeszentrale für politische Bildung künftig als „Dienstleistungszentrum“ für politische Bildung aufgestellt werden kann.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht für 2008 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der
"Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf"**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2749

(überwiesen am 15. Juli 2009 zur abschließenden Beratung)

St Maurus macht darauf aufmerksam, dass die Stiftung die Eigenwirtschaftsquote von 24 % im Jahr 2004 auf 32 % im Jahr 2008 habe steigern können, was im letzten Jahr auch auf die Landesgartenschau in Schleswig zurückzuführen sei. Seit 2005 seien knapp 10 Millionen € zusätzlich zu den jährlichen Zuwendungen an die Stiftung geflossen, über das Konjunkturprogramm würden weitere Mittel zur Restsanierung investiert werden.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/2749 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an schleswig-holsteinischen Schulen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2776 (neu)

(überwiesen am 23. Juli 2009 an den Bildungsausschuss)

Eine Frage von Abg. Birk beantwortet M Dr. Biel dahin, die im interfraktionellen Antrag angesprochenen Punkte seien bereits in allen Lehrplänen enthalten beziehungsweise würden bei der Weiterentwicklung der Lehrpläne berücksichtigt. Außerdem würden spezielle Fachtage, zum Beispiel der 9. November, zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte genutzt.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/2776 (neu) unverändert anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Studierfähigkeit von Bachelor- und Masterstudiengängen sicherstellen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2713

(überwiesen am 16. Juli 2009)

Abg. Weber erklärt, die SPD-Fraktion unterstütze die Grundrichtung des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Herbst hält es für nicht sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt Verhandlungen mit den Hochschulen aufzunehmen.

Abg. Dr. Klug bezeichnet Punkt 1 des Antrages als eine „unzutreffende Fiktion“. Die unter Punkt 2 geforderte Einführung eines Teilzeitstudiums hätte enorme Auswirkungen auf die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen.

Abg. Spoorendonk spricht sich für die Weiterentwicklung der Bachelor- und Masterstudiengänge aus. Die anderen im Antrag angesprochenen Punkte lägen wesentlich in der Zuständigkeit der Hochschulen.

Abg. Birk betont die Verantwortung der Hochschulen und den Willen des Gesetzgebers, der beispielsweise regelmäßige Durchfallquoten von 80 % nicht dulden könne.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/2713 abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Sozialstaffelregelung für Kindertageseinrichtungen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2669

(überwiesen am 17. Juni 2009 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialaus-
schuss)

hierzu: Umdrucke 16/4522, 16/4559, 16/4587, 16/4588, 16/4590, 16/4610,
16/4626, 16/4627, 16/4629

Abg. Franzen schlägt vor, dass der Bildungsausschuss der neuen Wahlperiode ein Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden, den Wohlfahrtsverbänden und dem Landesrechnungshof führt, um das gemeinsame Ziel möglichst im Konsens zu erreichen. Dem von der SPD als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag Umdruck 16/4629 könne man nicht zustimmen, solange die damit verbundenen Auswirkungen auf den Landeshaushalt und insbesondere die Frage der Konnexität nicht geklärt seien.

Abg. Höfs begründet den Änderungsantrag der SPD, Umdruck 16/4629, mit dem die von der Bürgerbeauftragten festgestellten Ungerechtigkeiten beseitigt werden sollten, dass ALG II-Empfänger Kita-Gebühren von 136 € zahlen müssten. Sie gehe davon aus, dass der Landeshaushalt durch die vorgeschlagene Regelung nicht belastet werde, zumal nur zwei oder drei Kreise von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch machten.

M Dr. Biel sagt zu, die Gespräche mit den Kommunen fortzusetzen, äußert sich hinsichtlich der Erfolgsaussichten allerdings pessimistisch. Der von der SPD vorgelegte Änderungsantrag würde Konnexität und damit zusätzliche Kosten für das Land auslösen.

Abg. Dr. Klug erinnert daran, dass die jetzige gesetzliche Regelung von der rot-grünen Regierung eingeführt worden sei. Es sei handwerklich nicht sauber, mit einem Antrag, der Kosten für das Land auslöse, in das laufende Haushaltsjahr einzugreifen. Das Ziel bleibe richtig und solle - wie von Abg. Franzen vorgeschlagen - mit Hilfestellung der Landesregierung und in einem Gespräch mit den Betroffenen erreicht werden.

Abg. Birk sieht in der Sache aus sozial- und bildungspolitischen Gründen dringenden Handlungsbedarf und wirbt mit ihrem Änderungsantrag Umdruck 16/4627, der ausdrücklich wei-

che Formulierungen enthalte, für eine pragmatische Lösung, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Eine landeseinheitliche Sozialstaffel wolle man auf jeden Fall.

Abg. Höppner erklärt, die SPD könne Punkt 2 des Änderungsantrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sozialstaffel zustimmen. Von einem Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden verspreche er sich keinen großen Gewinn, weil alle 15 Kreise unterschiedlich handelten.

Auch Abg. Spoorendonk unterstützt den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Bildungsausschuss der 17. Wahlperiode, in einem Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden, den Wohlfahrtsverbänden und dem Landesrechnungshof nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Stand der Verhandlungen über ein neues Gastschulabkommen zwischen Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg

Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/4611

M Dr. Biel teilt mit, dass sich an dem von M Erdsiek-Rave in der letzten Ausschusssitzung vorgetragenen Sachstand nichts geändert und Hamburg auf die Schreiben des Bildungsministeriums bisher nicht geantwortet habe. Der vertragslose Zustand sei außerordentlich bedauerlich; man wolle möglichst schnell in Verhandlungen mit Hamburg eintreten und eine Lösung finden. Allerdings wollten die Regierungen nicht nur über das Gastschulabkommen verhandeln, vielmehr strebten die Regierungschefs beider Länder Paketlösungen an, die alle Politikbereiche betreffen.

Abg. Dr. Klug macht auf den Zeitdruck aufmerksam, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Anmeldeverfahren für die Schulen in freier Trägerschaft bereits im Herbst begönnen. Eine möglichst schnelle Einigung liege im Interesse beider Bundesländer, denn weder könne sich Hamburg nicht ausgelastete Schulen leisten noch Schleswig-Holstein den Aufbau neuer Schulen im Hamburger Umland.

RL Zylka führt aus, der ungebremste Zugang schleswig-holsteinischer Schülerinnen und Schüler zu den allgemeinbildenden Schulen in Hamburg sei aus schleswig-holsteinischer Sicht nicht unproblematisch. Man begrüße ausdrücklich die Härtefallregelung und den Versuch, Missbrauch durch vorübergehendes Ändern des Wohnsitzes zu verhindern. Eigene Verhandlungen mit den Hamburger Privatschulen lehne man aus Gründen des Verwaltungsaufwandes ab.

Der Bildungsausschuss erwartet, dass die Landesregierung bis Ende des Jahres ein neues Gastschulabkommen mit der Hansestadt Hamburg schließt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Inselerienregelung für die nordfriesischen Inseln und Halligen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Umdruck 16/4612

Abg. Spoorendonk setzt sich dafür ein, für die nordfriesischen Inseln und Halligen eine Ferienregelung zu schaffen, die es den Familien auf den Inseln ermögliche, selber Urlaub mit ihren Kindern zu machen, wie es beispielsweise auf den ostfriesischen Inseln der Fall sei. Auch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gebe es Frühjahrsferien, ohne dass dadurch das Abitur in Gefahr gerate.

M Dr. Biel stellt klar, die Landesregierung beabsichtige nicht, die bestehende Ferienregelung, zu der es auch auf den Inseln durchaus unterschiedliche Meinungen gebe, zu ändern. Wenn man beispielsweise für Sylt eine Sonderregelung schüfe, könnten andere Ferienregionen in Schleswig-Holstein das gleiche Recht für sich reklamieren. Je differenziertere Regelungen es gebe, desto größer würden die schulorganisatorischen Probleme. Die auf den niedersächsischen Nordseeinseln unterschiedlichen Ferienzeiten lehne er aus Gründen des Verwaltungsaufwandes ab.

Auch Abg. Dr. Höppner bekennt sich namens der SPD-Fraktion zur geltenden Ferienregelung, lehnt die Einführung von Frühjahrsferien ab und betont die pädagogische Bedeutung der sechswöchigen Sommerferien. Er weist darauf hin, dass eine Vielzahl der auf Sylt arbeitenden Menschen mit ihren Familien auf dem Festland wohnten.

Abg. Birk hält die bestehende Ferienregelung aus tourismus- und schulpolitischer Sicht für katastrophal und spricht sich für eine Flexibilisierung der Ferienzeiten und gegen eine Begrenzung auf wenige Wochen aus.

Abg. Dr. Klug regt an, durch eine Elternbefragung an den Sylter Schulen herauszufinden, wie hoch das tatsächliche Interesse an einer anderen Ferienregelung beziehungsweise Frühjahrsferien tatsächlich sei.

M Dr. Biel macht auf die unterschiedlichen Interessenlagen, auch der Wirtschaftsministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz, aufmerksam und bedauert aus wirtschaftspolitischer

Sicht die Beschränkung der Urlaubssaison. Er sagt zu, den Ausschuss über Erfahrungen mit der Ferienregelung auf den ostfriesischen Inseln zu unterrichten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schles-
wig-Holstein
- Tätigkeitsbericht 2009**

Drucksache 16/2439

(überwiesen am 8. Mai 2009 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle
weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht Drucksache 16/2439 ohne Aussprache abschlie-
ßend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Spoorendonk bedauert, dass die **Änderung des Denkmalschutzgesetzes** in dieser Wahlperiode nicht mehr verabschiedet werde, und kündigt einen Entschließungsantrag zur September-Tagung des Landtages an, um sich als Landtag wenigstens zur Verankerung des Verursacherprinzips und zur Sicherung des Weltkulturerbes zu bekennen.

Abg. Birk äußert sich empört darüber, dass der Denkmalschutz dank der CDU in dieser Wahlperiode nicht mehr auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt werde. Sie unterstütze sowohl den Gesetzentwurf der Landesregierung als auch die vom SSW angekündigte Entschließung.

Abg. Müller unterstützt zwar die Intention des Entschließungsantrages, für eine grundlegende Änderung der gesetzlichen Grundlagen brauche man allerdings noch mehr Zeit.

- b) Am 24. September 2009 findet keine Sitzung des Bildungsausschusses mehr statt.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer